



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schuster, G.: Die Haltung der Prinzessin von Preußen in den Jahren 1848
und 1849

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Haltung der Prinzessin von Preußen in den Jahren 1848 und 1849

Von G. Schuster



Die kürzlich erschienenen „Denkwürdigkeiten“ des Ministers Otto von Manteuffel enthalten keineswegs, wie man nach dem Titel annehmen könnte, persönliche tagebuchartige Aufzeichnungen des bekannten Staatsmanns, sondern sie sind der Hauptsache nach eine Sammlung von Akten und Briefen. Die Bearbeitung dieser Dokumente läßt allerdings viel zu wünschen übrig und entspricht keineswegs wissenschaftlichen Anforderungen. Doch hiervon bei anderer Gelegenheit. Wir verdanken den Aufzeichnungen eine Reihe von Briefen und Aktenstücken, die zum Teil recht wertvoll sind und vielfach neues Licht über eine interessante, aber keineswegs glänzende Periode der preußischen Geschichte verbreiten. Von hervorragender Bedeutung sind namentlich die im ersten Bande veröffentlichten Briefe der Prinzessin Augusta von Preußen und eine von ihr verfaßte politische Denkschrift. An der Hand dieser geschichtlichen Dokumente wird es möglich sein, das uns überlieferte Bild von dem persönlichen Wirken und der Haltung Augustas hauptsächlich in den Jahren 1848/49 wesentlich zu vervollständigen.

Die feingebildete Weimarer Prinzessin war die Enkelin Karl Augusts, der ja zuerst von allen deutschen Fürsten seinem kleinen Staate eine Verfassung gegeben hatte. Sie war eine entschiedne Vertreterin des Herderschen Humanitätsgedankens, und so war sie gleichsam mit freieren Anschauungen über das Verhältnis von Fürst und Volk, als man sonst an den deutschen Fürstenhöfen zu hören gewohnt war, nach Berlin gekommen. An dieser Auffassung hielt Augusta auch in ihrem neuen Wirkungskreise fest, um so mehr, als sie durch einen längern Aufenthalt in England im Jahre 1846, wo sie dessen staatliche Einrichtungen mit eifrigem Interesse studiert hatte, darin bestärkt worden war. In ihrer besondern Vorliebe für englische Dinge begegnete sie sich übrigens mit ihrem lebenswürdigen Schwager, dem König Friedrich Wilhelm IV., so sehr auch sonst diese beiden Charaktere ihrer ganzen Naturanlage nach voneinander ab-

weichen mochten. Der Umgang mit einer Reihe hervorragender Geister, dem berühmten Historiker Friedrich von Raumer, den Brüdern Humboldt, dem geistvollen Archäologen Böckh, mit Boyen, Gneisenau, den Helden der großen Zeit der Befreiungskriege, bot ihrem lebhaften Wesen nicht nur eine erwünschte vielseitige Anregung, sondern trug auch dazu bei, ihre Jugendideale, ihre freiere politische Auffassung immer von neuem zu beleben und zu kräftigen. Besonders aber wirkte das vertraute Verhältnis, das sich zwischen ihr und Alexander von Humboldt entwickelte, nach dieser Richtung bestimmend auf sie ein. Der große, politisch freidenkende Naturforscher, dem die Hofluft ein notwendiges Lebenserfordernis war, und der sich dort nicht selten aufdringlich bemerkbar machte, hat ihr in politischen Dingen häufig als intimer Ratgeber zur Seite gestanden. Die Prinzessin selbst bezeichnet ihn in ihrem Briefwechsel als ihren „physikalischen Hofkaplan,“ als ihren „getreuten Urmenschen“ usw. Humboldt war es auch, der ihr die ihm befreundete, mit einem Sohne des Bürgerkönigs Louis Philipp vermählte Helene von Mecklenburg näher brachte. Nicht lange währte es, da verband die engste Freundschaft die beiden wahlverwandten Frauenseelen. Ein reger Briefwechsel entspann sich, und häufige Zusammenkünfte gaben eine erwünschte Gelegenheit zu vertraulichem Aussprechen. An dem schweren Unglück, in das auch Helene durch die Pariser Februarrevolution geriet, nahm ihre glücklichere Freundin aufrichtigen Anteil, und es bedurfte vieler Jahre, ehe sie diesen Schmerz völlig verwinden konnte.

- Auch das sich allmählich zwischen Augusta und dem Bunsenschen Ehepaar entwickelnde freundschaftliche Verhältnis ist offenbar von Humboldt vermittelt worden. Ob aber die Prinzessin in dem langjährigen Verkehr mit diesen schöngeistigen, idealistischen, interessanten Menschen wirklich ihre Rechnung gefunden hat, steht dahin. Wenigstens hat der Politiker Bunsen, häufig ein „schwankes Rohr im Winde,“ ihrer regsamem Seele schwerlich mehr als leere Phantastereien zu bieten vermocht. Ähnlich verhält es sich mit einer Reihe anderer Freunde und Verehrer, die Augusta beständig um sich versammelte, wie die Grafen Pourtalès und Perponcher, Rudolf von Auerswald, den Freiherrn Alexander von Schleinitz u. a. Es waren das durchweg gewandte Hofkavaliere, schöngeistig, von tadellosen äußern Formen und hinreißender Unterhaltungsgabe, politisch aber herzlich unbedeutend. Da sie in dieser Beziehung selbst nichts bieten konnten, so machten sie sich wenigstens zu gefälligen Vertretern der Gedanken ihrer Herrin. Von dem Braunschweiger Alexander von Schleinitz ist bekannt, wie sehr er in der Folge seine ganze Persönlichkeit für diesen Dienst eingesetzt hat.

Als die politischen Anschauungen des liberalen Freundeskreises zum erstenmal in dem Vereinigten Landtage von 1847, besonders durch Georg von Vincke, den wackern Doktrinären, „Heros des Rechtsbodens,“ öffentlichen Ausdruck fanden, zeigte sich Augusta mit der Lage der Dinge durchaus vertraut, und mit eindringendem Verständnis wußte sie die innern und äußern Motive zu umfassen und zu ermessen, die dem tiefen Verlangen nach einer geordneten Mitwirkung der Staatsbürger an der Gesetzgebung zu Grunde

lagen. So kam es, daß sie sich bei der liberalen Partei im Lande bald großer Popularität erfreute, ein Umstand, der dem König Ernst August von Hannover Veranlassung gab, sie gelegentlich die „kleine Jakobinerin“ zu nennen. So widerwärtig und verabscheuungswürdig der gereiften Frau auch alles erscheinen mußte, was an Revolution erinnerte, so entging doch ihrem historisch geschulten Blicke keineswegs die der deutschen Bewegung anhaftende nationale Tendenz. „Der Gedanke an Deutschlands Einheit, Freiheit und Herrlichkeit erfüllte die ganze Seele Augustas mit glühender Leidenschaft.“ Aber hiermit fand sie nur bei Wenigen verständnisvolles Entgegenkommen. Der kühlen, besonnenen Denkungsart ihres Gemahls erschien diese Gesinnung zuweilen sogar gefährlich, obwohl beide in der Beurteilung der durch das heillose Schwanken der Regierung unhaltbar gewordenen politischen Lage einig waren. Die schlimme Krisis, die über das alte Preußen hereinbrechen sollte, sah Augusta mit prophetischem Blicke voraus. Aber ihrer Besorgnisse achtete niemand, ja man lächelte wohl überlegen und mitleidig über die „Kassandra.“ Und doch durfte die charaktervolle Frau nach Goethes Ausspruch „mitreden, denn sie hatte etwas gelernt.“

So trafen die Pariser Februarereignisse, der Sturz des Bürgerkönigs, die Berliner Märzrevolution die Prinzessin nicht unvorbereitet. Sie gehörte zu den wenigen Persönlichkeiten, die in den furchtbaren Tagen nicht völlig den Kopf verloren. Als das Menschengewühl in den Nachmittagsstunden des 18. März auf den Straßen Berlins immer dichter und beängstigender wurde, teilte sie ihrem Sohne und dessen anwesendem Lehrer, dem Mathematiker Schellbach, in freudiger Erregung mit, der König habe eine Deputation empfangen, eine Verfassung versprochen, und alles werde noch gut werden. Bald darauf eilte sie aus ihrem Palais „Unter den Linden“ ins Schloß, wo Deputationen auf Deputationen kamen und gingen. Auch als am 19. März wegen des Abmarsches der Truppen beraten wurde, der ohne Frage auf eine von Arnim veranlaßte, aber wohl mißverständliche oder unklare und dann von Bodenschwingh in unbedachtem, verhängnisvollem Eifer verbreitete Äußerung des Königs zurückgeführt werden muß, war sie zugegen. In der Mittagsstunde waren die Truppen bis auf zwei im Schlosse als Besatzung zurückgebliebene Bataillone nicht nur von den Straßen und Plätzen zurückgezogen, sondern hatten auch die Hauptstadt schon verlassen. Tiefe Niedergeschlagenheit befiel alle Gemüter. Es fehlte in diesem verhängnisvollen Augenblicke der große Mann, der tapfer zugriff, wo selbst der König, körperlich und geistig erschöpft, versagte, der energisch und mit Umsicht handelte, wo alle Welt verzagte. Da faßte sich endlich der junge Flügeladjutant Rittmeister Edwin von Manteuffel ein Herz und riet dem gebeugten König, unter dem Schutze der beiden Bataillone aus Berlin zu ziehn. Der Augenblick sei günstig, der Weg „Unter den Linden“ zum Brandenburger Thor sei frei, die überraschten Volksmassen ohne einheitliche Leitung, die Regimenter noch in der nächsten Nähe und bereit, auf den ersten Alarmruf zum Schutze des gefährdeten Hofes herbeizueilen. In der That trafen der König und seine Umgebung Anstalten, dem angesichts der nicht ungefährlichen Lage vielleicht

sehr zweckmäßigen Räte zu folgen. Da aber herrschte die Prinzessin den kühnen Sprecher ungnädig an: „Manteuffel, Sie sind ein exaltierter junger Mensch! Wie können Sie sich herausnehmen, über Dinge zu sprechen, die nur Staatsmänner zu beurteilen in stande sind!“ Wirkte schon die leidenschaftliche Sprache der Prinzessin lähmend auf die wenigen Entschlossenen ein, so verhinderten dann die sich bald darauf vor und im Schlosse abspielenden wüsten Szenen, von deren entsetzlicher Roheit wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können, die Ausführung des Planes.

Die weitere Entwicklung der Dinge machte bekanntlich die schleunige Entfernung des Prinzen von Preußen aus Berlin notwendig. Willig folgte da die stolze Fürstin dem harten Zwange und begab sich mit ihrem Gemahl nach der Wohnung (Karlsbad Nr. 2) des vortragenden Rates im Ministerium des Innern, Julius von Schleinitz, des Bruders ihres Vertrauten. Von hier eilte der Prinz in der Nacht vom 19. zum 20. März nach Spandau, wo er morgens um vier Uhr anlangte, und fuhr in der nächsten Nacht nach der Pfaueninsel bei Potsdam. Dort traf er mit seiner Gemahlin zusammen, verlebte in ihrer Gemeinschaft seinen Geburtstag, den 22. März, und brach noch am Abend desselben Tages nach England auf. Von einem Dorfe bei Perleberg brachte ihn ein Prediger Behrendt in seinem Wagen über die mecklenburgische Grenze nach Ludwigslust. Dann ging es mit der Eisenbahn nach Hamburg, und am 24. März abends, nachdem in dem Landhause des preussischen Konsuls Oswald in Blankenese kurze Rast gehalten worden war, wurde ein Schiff bestiegen, das den hohen Reisenden glücklich nach London führte (27. März).

Von der Pfaueninsel begab sich Augusta zu ihren Kindern nach Potsdam. Prinz Karl, der ihre und der ganzen Familie Sicherheit dort für bedroht hielt, verlangte, daß sie in der Nacht zum 23. März die Stadt verlasse. Diese Zumutung wies jedoch die tapfere Frau energisch zurück, und die Generale von Britzow, von Hirschfeld und von Unruh bestärkten sie in ihrer Weigerung. In diesen trüben Tagen legte sie Trauer an, und ihr Unglück mit dem der Herzogin von Orleans vergleichend, schrieb sie klagend: *Je suis une veuve avec deux orphelins.*

Der Aufenthalt des Gemahls in dem von ihr geschätzten England, der Verkehr mit dem Prinz-Gemahl, mit Bunsen, dem preussischen Gesandten in London, u. a. war Augusta durchaus erwünscht. Aus Bismarcks Memoiren erfahren wir, daß damals bei der trostlosen Mut- und Ratlosigkeit in der Umgebung des Königs, bei den unberechenbaren Zickzackkursen seiner Politik, der Unpopularität des Prinzen von Preußen die liberale Partei mit Winke an der Spitze auf den abenteuerlichen Gedanken einer Abdankung des Königs, eines Verzichts des Prinzen auf sein Erbrecht kam und den Plan erwog, eine Regentschaft der Prinzessin für ihren minderjährigen Sohn herzustellen. Zwar kam die gefährliche Idee des „Abgeordneten aus dem Sauerlande“ angesichts der entschlossenen Haltung Bismarcks nicht zur Reife, aber der ganze Vorgang zeigt doch deutlich, wie groß das Vertrauen und die Wertschätzung waren, die man Augusta in diesen Kreisen entgegenbrachte. Hierzu kam, daß auch ein-

sichtige Patrioten, wie Max Duncker und Stockmar, Augustas Persönlichkeit begeistert huldigten. Dieser erklärte: „Die Prinzessin von Preußen ist tüchtig, klar, entschieden und begreift wohl von allen das Außerordentliche und Eigentümliche unsrer Zeit am besten.“ Jener setzte bei ihr ein reifes Verständnis für die großen sittlichen Fragen des Staatslebens für die deutsche Sache und die Zukunft ihres Hauses voraus und suchte in diesem Sinne als Mitglied der Nationalversammlung auf sie einzuwirken.

Man wird nicht fehl gehn, wenn man behauptet, daß sich der stolze Geist der hochstrebenden Frau durch alle diese Vorgänge, durch das ungewöhnliche Maß des ihr zuströmenden Vertrauens außerordentlich gehoben fühlte, daß das Gefühl des eignen Wertes sich unwillkürlich steigerte und der Wunsch immer reger wurde, Gedanken und Worte in die That umzusetzen. Zugleich aber kann man auch wahrnehmen, daß die „verschiedenartigen Präntionen und Ratschläge,“ die in diesen Tagen unaufhörlich auf sie einströmten, und über die sie sich auch zu Vertretern der Gegenpartei, namentlich zu Bismarck und Leopold von Gerlach „herzzerreißend“ äußerte, sie arg mißnahmen. Einen tiefen Einblick in ihre damalige Stimmung gewährt ein an ihren alten Lehrer Hand aus Babelsberg (10. Juni 1848) gerichtetes Schreiben. „Ich sehne mich, so lesen wir hier, schon längst nach der Möglichkeit, Ihnen meinen herzlichen Dank für die Teilnahme auszusprechen, welche Sie mir bewiesen haben, und die ich um so mehr erkannte, als unser Gespräch im vergangenen Herbst allerdings auf die seitdem eingetretenen Stürme hindeutete. So hat mich denn die neue Zeit nicht unvorbereitet gefunden und bis jetzt auch nicht des Mutes und der Kraft beraubt, aber tief erschüttert hat mich ihr gewaltames Auftreten da, wo eine weise Vermittlung möglich gewesen wäre, und so nun schwere Opfer gebracht werden mußten. Hoffen wir das deutsche Vaterland geläutert aus dieser Zeit hervorgehn zu sehen und deutschen Sinn bewährt zu finden, von einer Zunge zur andern; denn nur durch Wahrheit, Eintracht und Geseßlichkeit gedeiht das Wohl der Völker.“

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses standen damals neben dem Schicksale der Elbherzogtümer das preußische Verfassungswerk und die Frage der Reichsverfassung. Am 18. Mai trat die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. zusammen, am 22. hielt die preußische Nationalversammlung in Berlin ihre erste Sitzung.

Anstatt mit dem König auf Grund der bekannten am 21. März erlassenen Proklamation Hand in Hand zu gehn, verwarf die Berliner Versammlung in unfruchtbarer Opposition den ihr von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf und die zur Wiederherstellung der Ordnung beabsichtigten Maßregeln. Ebenso geringer Staatsklugheit begegnen wir in Frankfurt. Nachdem man hier die kostbare Zeit mit langatmigen Reden und heftigen Wortgefechten über die „Grundrechte des deutschen Volks“ nutzlos vergeudet hatte, über die Verfassung eines Reichs, das noch gar nicht da war, beschloß man, nicht etwa Friedrich Wilhelm IV. wegen der Durchführung seiner Proklamation anzugehn, sondern die Oberhauptsfrage zu vertagen, und wählte den volksfreundlichen

Erzherzog Johann zum „Reichsverweser,“ ein klägliches Zeichen für die tiefe innere Zerklüftung der Nation. Man wünschte wohl, daß Preußen in Deutschland aufginge, aber man wollte es nicht an dessen Spitze sehen. Ein Umschlag in der Stimmung des Volksgeistes erfolgte erst nach den Frankfurter Septembermorden. Das Gespenst einer Herrschaft des kommunistischen Terrorismus schien drohend am politischen Horizont heraufzuziehen. Mit den monarchisch gesinnten Elementen verband sich jetzt gesinnungstüchtig die angst-erfüllte Bourgeoisie zu entschiedener Opposition gegen das herrschende demokratische Treiben. Sieg über den Radikalismus, Wiederherstellung der Ordnung wurde die Losung der Nation und der sich nimmehr zu energischem Handeln aufraffenden Regierungen.

In Berlin, wo die Lage heillos verwirrt, wo ein liberales Ministerium auf das andre gefolgt war — Camphausen, Hansemann, von Pfuel —, berief der König endlich am 8. November 1848 das Ministerium der „rettenden That,“ das aus dem Grafen Brandenburg als Ministerpräsidenten, dem Freiherrn Otto von Manteuffel als Minister des Innern, dem Kriegsminister von Strotha, dem Kultusminister von Ladenberg und dem Handelsminister von der Heydt bestand. Das neue Ministerium verlegte alsbald die preußische Nationalversammlung nach der Stadt Brandenburg. Als die Majorität der Versammlung trotzdem ihre Sitzungen in Berlin fortsetzte, wurde der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt, und die Sitzungen wurden mit Waffengewalt aufgehoben. Diesem Vorgehen der Regierung begegnete die Nationalversammlung mit dem unsinnigen Beschluß der Steuerverweigerung (13. November).

Alle diese Vorgänge verfolgte Augusta mit gespanntester Aufmerksamkeit und griff ohne Zaudern da persönlich ein, wo es nach ihrer Meinung dringend geboten schien. Sie hat denn auch häufig die Genugthuung gehabt, daß die Ereignisse ihr Recht gaben. Schon die Thatsache, daß sie ihren Wohnsitz zum Unterschiede von der königlichen Familie nach Berlin zurückverlegte, deutet darauf hin, daß sie nicht gewillt war, der Entwicklung der Dinge müßig zuzuschauen. Am 15. September 1848 machte sie Leopold von Gerlach in „einer sehr heftigen, aber gut gesetzten und eigentlich nichts als Wahrheiten enthaltenden“ Rede auf die Fehler der Regierung aufmerksam. Die Berufung Pfuels ins Ministerium, dessen haltlose Schwäche sie richtig erkannt hatte, suchte sie, freilich vergeblich, zu verhindern. Als dann das Ministerium Brandenburg auf dem Plan erschien, sandte die Prinzessin am 24. November 1848 folgenden, von einer hochinteressanten Denkschrift begleiteten Brief an Manteuffel, der vom November 1844 bis Ende März 1848 als vortragender Rat eine Vertrauensstellung bei ihrem Gemahl bekleidet hatte:

„Der Prinz autorisiert mich zu einem Schritt, den ich sonst gewiß nicht gethan haben würde, so sehr Sie auch gewohnt sind, mich offen und vertrauensvoll mit Ihnen die Interessen unsers Vaterlands besprechen zu sehen, dessen Schicksal mir als Frau und Mutter so nahe liegt. Der jetzige Augenblick ist zu wichtig, zu entscheidend, und ich habe das Urtheil einer zu großen Anzahl Personen der verschiedensten Richtung vernommen, als daß ich es mir

nicht hätte zur Aufgabe machen müssen, meine eigne Ansicht der Klarheit wegen zu Papier zu bringen.

Der Prinz hat sie geprüft und gebilligt, er ermächtigt mich, sie Ihnen mitzuteilen, und ich lege sie Ihnen ans Herz, nicht weil es meine Ansicht ist, sondern weil in solch einer Zeit ein jeder das Bedürfnis fühlt, sein Scherflein mit beizutragen für das Wohl des Ganzen!

Indem ich meinen Aufsatz Ihrer Nachsicht empfehle, spreche ich Ihnen meine vollste Anerkennung aus für die Aufopferung, mit der Sie sich dem Dienste des Vaterlands gewidmet haben. Möge Gott uns helfen!

Prinzessin von Preußen."

Die hier erwähnte Denkschrift hat nachstehenden Wortlaut:

Nachdem viele günstige Momente unbenutzt vorübergegangen sind, und das Ministerium Pfuel sowohl durch den Zeitverlust vor seinem Zustandekommen als durch seine Fehler und endlich durch seinen schmählichen Fall der Krone und dem Staate großen Schaden zugefügt hat; nachdem endlich nach neuem Zeitverlust ein unvollständiges Ministerium zusammengetreten ist, in welches die öffentliche Meinung, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, Mißtrauen setzt, weil es in ihm das Gespenst der Reaktion verkörpert wähnt; nachdem die Krone durch ihre frühern Konzessionen gegen eine anmaßende Versammlung gezwungen worden ist, nun entscheidende Schritte zu thun, erfolgte bei dem Eintritt des Ministerium Brandenburg die Verlegung resp. Vertagung dieser Versammlung, das Einrücken einer ansehnlichen Truppenmasse in Berlin, die Erklärung des Belagerungszustands und die Entwaffnung der Bürgerwehr. Nach diesen Maßregeln fragt es sich nun 1., wie ist die Lage der Dinge beschaffen, und 2., was ist zu thun?

1

Die Krone hat von ihrem formellen Recht Gebrauch gemacht, eine von ihr nicht ausschließlich an einem Orte, sondern im allgemeinen zur Vereinbarung der Verfassung berufne Versammlung zum Schutze ihrer eignen Würde und Freiheit nach einem andern Ort zu verlegen, was eine Vertagung zur Folge haben mußte. Daß dieses Recht vom juristischen Standpunkt in Frage gestellt, ja durch die öffentliche Meinung bekämpft wird, zeigt die Unklarheit der Auffassung und das dringende Erfordernis einer künftigen Feststellung desselben auf dem Verfassungswege. Indem aus der Parität beider Gewalten, der Krone und der konstituierenden Versammlung, die erstere nur auf die Befugnis der paciscenten beschränkt wird, räumt man faktisch der Versammlung eine größere Macht ein, denn die Krone soll sich nur auf legalem Boden bewegen, während man jener doch alle Mittel zur Erreichung ihrer vertragswidrigen Zwecke gestattet. Diese unklare Auffassung hat aber leider die verderblichsten Folgen, indem der Kern der Nation, auf welchen die Monarchie sich stützen muß, der Stand der Besitzenden, der höhern Gewerbetreibenden, der Beamten usw. dem Zweifel preisgegeben ist und somit der zersetzende Stoff der Revolution in die Sphäre dringt, welche bisher noch am gesundesten war. Dazu kommt eine allgemeine Verstimmung infolge des Drucks der Zeit und ein persönliches Mißtrauen gegen den Monarchen. Zeigt sich die konservative Seite unter so ungünstiger Gestalt, so kann man vollends nicht ohne banges Vorgefühl auf die Seite der Bewegung blicken. Dort überbieten sich die Anstrengungen zum Umsturz des Bestehenden, und die rohe Masse gestaltet sich immer mehr als Willkür der Demokratie, welche die Republik will.

Durch ihre Verheißungen regiert die Krone bereits nach konstitutionellen Formen, noch bevor die Verfassung zustande gekommen ist; sie hat noch keinen Staatsmann zu ihrer Verfügung, wie ihn der Ernst des Augenblicks erfordern würde, und sie befindet sich außerdem in der Lage, sich der deutschen Zentralgewalt nicht unterordnen zu wollen, aber doch ihrer moralischen Unterstützung zu bedürfen. Möge sie den noch bevorstehenden Moment, wo Preußen an die Spitze Deutschlands berufen werden wird, nicht wiederum versäumen!

2

Was unter diesen Umständen zu thun ist, läßt sich, vom Standpunkt des 20. Novembers aus betrachtet, folgendermaßen bezeichnen:

Da einmal der Weg der Vereinbarung eingeschlagen, die Krone von vornherein nicht gegen die Übergriffe der Versammlung geschützt und der Augenblick der höchsten Ungesetzlichkeit (Steuerverweigerung) nicht zur Auflösung benutzt worden ist, muß die Krone jetzt noch alle Mittel aufbieten, die ihr zu Gebote stehn, um sich auf dem Rechtsboden zu halten und ihre Gegner auf den des Unrechts zu drängen. Sie darf erst dann in den Bruch willigen, wenn er faktisch nicht mehr zu vermeiden ist.

Am 27. November tritt die Versammlung in Brandenburg zusammen. Da sind zwei Fälle annehmbar, entweder sie ist beschlußfähig oder nicht.

1. Ist sie nicht beschlußfähig, so müssen zur Ergänzung der fehlenden Mitglieder die Stellvertreter einberufen werden. Dadurch wird noch etwas Zeit gewonnen, und dies bietet jetzt in Bezug auf die Entscheidung, die in Frankfurt bevorsteht, entschiednen Vorteil dar. Denn während Preußen durch legale Schritte den innern Frieden wenigstens scheinbar bewahrt, wird der Anschluß Deutschlands an Preußen, den die Zentralgewalt ihrer Selbsterhaltung wegen wünschen muß, natürlicher und leichter zu bewirken sein, als wenn Preußen in einem ungewissen Kampf gegen sein eignes Volk begriffen wäre, ein Anschluß, um so wünschenswerter, da er vielleicht die Regierung Preußens eines letzten Gewaltschritts überhebt. Welche Aufgabe für Preußen, sich und ganz Deutschland für Jahrhunderte zu retten, d. h. in einen Zustand zu erheben, der Dauer hoffen läßt!

2. Kommen die Stellvertreter nicht oder in ungenügender Anzahl, und es ist erwiesen, daß allgemeine Neuwahlen zu einer zweiten vereinbarenden Versammlung außer der verlängerten Spannung im Lande ein ebenso ungünstiges Resultat liefern würden, dann muß die Krone es den einzelnen Kreisen anheimstellen, ob sie für die ausfallenden Mitglieder andre wählen wollen oder nicht, und dazu eine kurze Frist bestimmen. Findet auch diese Ergänzung nicht statt, so kann die Krone dem ihr treu gebliebenen Teil der Versammlung, als Kommission vereinigt, zur letzten Prüfung den bereits in den Ausschüssen bearbeiteten Verfassungsentwurf — in welchem die Krone nur die unentbehrlichsten Modifikationen zu machen hat — vorlegen, dann auf umfassende und überzeugende Weise dem Lande erklären, daß die Vereinbarung verhindert worden sei, sie sich von der eingegangnen Verpflichtung enthoben sähe und, auf die Sanktion jener Kommission sich stützend, die vorgeschlagne Verfassung vollziehen müsse. Ist die Brandenburger Versammlung beschlußfähig, so kann man bei der Frechheit der Linken wohl erwarten, daß sie dort vertreten sein wird. Da muß die Krone (und möge sie sich nur dafür mit einem geeigneten Organ versehen) von vornherein verkünden, daß keine Beratung stattfinden könne, bevor die ungesetzlichen Berliner Beschlüsse nicht etwa zurückgenommen (denn dies würde eine Art Gefälligkeit voraussetzen), sondern für unrechtmäßig, mithin für null und nichtig erklärt würden. Inwieweit man sich dabei des wichtigen Frankfurter Beschlusses gegen die Steuerverweigerung bedienen kann, muß einer gediegneu politischen Begutachtung der Sachkenner vorbehalten bleiben, jeden-

falls scheint dies ein günstiges Hilfsmittel, das, mit Vorsicht gebraucht, namentlich auf den westlichen Teil der Monarchie Einfluß haben würde. Tritt die Majorität der Krone bei, dann hat diese gesiegt, und die Linke scheidet sich entweder oder scheidet aus. Bleibt hingegen die Krone in der Minorität, wozu allerdings Gefahr vorhanden ist, wegen der Unpopularität des Ministeriums (weßhalb es so nötig wäre, dasselbe vorläufig mildernd zu kompletieren), dann muß sich die Krone in der freien Wahl ihrer Organe für befugt und entschlossen erklären, die Veränderung derselben erst dann vorzunehmen, wenn die Streitfrage der Verlegung dadurch erledigt sei, daß die Aufhebung des Belagerungszustands und die Rückkehr nach Berlin durch ihre provisorischen Beschlüsse gegen die Mißbräuche der Presse, sowie des Assoziationsrechts und gegen tumultuarische Auftritte möglich gemacht werde. Gelingt dies, so muß ein neues Ministerium ganz fertig in Bereitschaft gehalten werden, um, sobald die Versammlung dem Verlangen der Krone genügt haben wird, auch seitens der Krone Bereitwilligkeit für die Wünsche des Landes zu zeigen; gelingt es nicht, so muß wiederum ein neues oder mindestens stark modifiziertes Ministerium bereit sein, um dann den äußersten und gefahrvollsten Schritt zu thun, der ohne diese Modifikation gewiß scheitern würde, nämlich zur Auflösung der Versammlung und zur Verleihung der Verfassung vorbehaltlich ihrer spätern Revision durch die von derselben verheißene Nationalvertretung in zwei Kammern.

Nicht dringend genug kann dieser Schritt als der äußerste und gefährlichste bezeichnet werden, denn der Vergleich mit den tragischen Resultaten ähnlicher Staatsstürche in den Annalen der Geschichte liegt zu nah, und der Zustand ganz Deutschlands ist zu beängstigend, als daß man nicht, abgesehen von den auswärtigen Rivalen deutscher Macht und Einheit, die innere Zerrüttung, den Sturz der Monarchie und Dynastie zu befürchten hätte, als mögliches Resultat des Bürgerkriegs, den selbst die trefflichste Armee nicht bezwingen wird, eben als solchen, das heißt als Bürgerkrieg, weil die Gesinnung, ohne welche sich keine Macht handhaben läßt, auf die Länge nicht durch die Gewalt der Waffen erobert und verteidigt werden kann.

Möge Gott diejenigen erleuchten, denen das Schicksal Preußens in diesem verhängnisvollen Augenblick anvertraut ist, und neben der würdigen Festigkeit und Konsequenz auch die politische Anschauung des Ganzen verleihen, durch welche sich der wahre Staatsmann in den Stunden der Gefahr als Retter des Vaterlands bewährt.

Die „Denkschrift“ beleuchtet klar und scharf die damalige Situation. Von den verschiedenen Möglichkeiten, die die staatskluge und patriotische Verfasserin hier scharfsinnig erörtert, trat gerade die ein, die sie als die „äußerste“ und „gefährlichste“ bezeichnet hatte, ohne daß sich aber ihre daran geknüpften Befürchtungen verwirklichten. Am 5. Dezember sprach nämlich der König, nachdem sich in Brandenburg (am 27. November) nur ein Teil der Abgeordneten eingefunden hatte, die Auflösung der preußischen Nationalversammlung aus und erließ dann aus eigener Machtvollkommenheit eine ziemlich freisinnige (die „oktroierte“) Verfassung.

Inzwischen waren die Aussichten auf die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung immer mehr geschwunden, eine Wahrnehmung, die Augusta tief betrübte. Am 6. März 1849 schrieb sie an einen Freund:

Ich danke Ihnen bestens für Ihren Brief, dessen Inhalt mit meiner eignen Ansicht übereinstimmend ist. Umstände allein können helfen; denn Erfahrung und Einsicht scheinen ihre Kunst in unsern Tagen versagen zu wollen, was nicht ohne

Betrübniß wahrgenommen werden kann. Seit Ihrer Abreise hat sich nichts gebessert, im Gegenteil verschlimmert; hier durch den Rücktritt des Grafen Bülow; in Frankfurt durch die zunehmende Zersplitterung infolge der austro-bayerischen Intrigen, welche die Hilfe der Linken nicht verschmähen. Der Partikularismus verschließt sein Auge gegen die drohende Gefahr der Märzzeit, und das Medium tenuere boati scheint den Parteien völlig unbekannt. Wäre nicht mein Hoffen auf Gott gerichtet, glaubte ich nicht an die welthistorische Aufgabe Deutschlands, das sich trotz aller Thorheiten doch um den einzigen festen Mittelpunkt scharen muß, wüßte ich nicht, daß die Hilfe oft da am nächsten, wo die Gefahr am größten ist — ich könnte wahrlich verzagen, aber das will ich nicht, und darum blicke ich getrost in die Zukunft und bleibe der guten Sache getreu.

Von Ihrem Standpunkt aus können Sie noch viel Gutes stiften und die Wahrheit sagen da, wo es not thut, sie zu kennen; aber es wäre jetzt an der Zeit, zu handeln, die des Hörens ist bereits um, und ich befürchte wieder ein „zu spät.“

Über die Kammern läßt sich noch nichts sagen, die erste scheint sehr gemäßigt, die zweite aus zu heterogenen Elementen zusammengestellt, als daß sich eine feste Majorität bilden könnte; daher droht zunächst von da innere und von den Proletariern äußere Gefahr. Die Frankfurter sind über die hiesige parlamentarische Unkunde und Noheit erstaunt, und doch galt die Paulskirche nicht als Vorbild.

Gewitterschwüle lastet auf Europa, und brächte das drohende Gewölk nur den Regen, er könnte den Boden befruchten, aber ich fürchte den Sturm und achte auf seine Vorzeichen, solange es mir vergönnt ist, andre zu warnen.

Wir wissen, daß sich die meisten deutschen Regierungen, namentlich die der Mittelkönigreiche, die den Verlust ihrer Souveränität befürchteten, der in der Paulskirche beraten Reichsverfassung widersetzten. Hierzu kam, daß Österreich, dessen Ausschluß vorgesehen war, nicht nur erklärte, es werde sich nicht aus dem Deutschen Bunde herausdrängen lassen, sondern auch verlangte, mit seinem ganzen außerdeutschen Gebiet in das Deutsche Reich aufgenommen zu werden. So geschah es, daß die Nationalversammlung am 27. März 1849 nach zehnmonatiger Arbeit eine Reichsverfassung unterzeichnete, die der König von Preußen nicht nur gegen seine eigne Neigung, sondern auch gegen den Willen Österreichs und der deutschen Mittelstaaten hätte durchführen müssen. Nachdem endlich die Erblichkeit der Kaiserwürde, die erste Bedingung eines preußisch-deutschen Kaisertums, durchgesetzt worden war, wurde am 28. März Friedrich Wilhelm zum deutschen Kaiser erwählt. Am 30. März brach die Kaiserdeputation unter Eduard Simons Führung nach Berlin auf. Damals war es, daß die Prinzessin Augusta den inhaltreichen Brief an Manteuffel sandte, worin sie unter anderm bestimmt zur Kaiserfrage Stellung nahm. Es heißt darin:

Wenn Sie nicht so beschäftigt wären, würde ich Sie gern in diesen Tagen gesprochen haben, da es aber jedenfalls morgen nicht möglich ist und die Zeit drängt, erlaube ich mir im vollsten Vertrauen einige schriftliche Worte.

Der Entschluß, der in diesen wichtigen Tagen gefaßt werden muß, betrifft nicht allein die Gegenwart, er betrifft auch die Zukunft unsers Sohnes, und da ist es doch wohl Pflicht, sich über die Lage der Dinge zu verständigen. Ich schwärme nicht für die Paulskirche, ich will nicht Preußens Würde und das Recht der Fürsten verletzt sehen, aber ich will ebensowenig neuen Zündstoff in das un-

glückliche Deutschland geworfen wissen, ich will nicht Preußens angestammte Stellung an der Spitze Deutschlands zu Gunsten seiner Rivalen verschert sehen. Die Verhältnisse sind mir genau bekannt; ich beklage die überaus schwierige Lage des Ministeriums zwischen individuellen Aufregungen und der Last einer Verantwortlichkeit, welche die Kammern noch erhöhen. Aber um so schwieriger noch die Aufgaben, desto dringender die Verpflichtung, fest und beharrlich dem Ziele entgegen zu schreiten. Aus den Händen der Deputation kann die Krone Deutschlands nicht angenommen werden, aber die Antwort darf keine negative sein, sie muß versöhnlich und befriedigend auf die Befugnis der Fürsten hinweisen, ohne deshalb das Parlament zu verletzen, in welchem neben einer großen Zahl unwürdiger Subjekte treue Preußen und viele gut gesommene Männer aus allen Ländern Deutschlands für die gute Sache mit wahrer Aufopferung gekämpft haben. Welch eine Demütigung für diese, Welch eine Kränkung der so wichtigen öffentlichen Meinung, wenn Preußens Antwort unglücklich gefaßt würde, und welche unberechenbaren Folgen!

Wir haben seit zwei Monaten täglich Berichte aus Frankfurt erhalten, daher kann ich beurteilen, mit welchen Anstrengungen dies Resultat erkauft wurde, und wie unfreundlich sich Oesterreich benommen hat. Alles kommt darauf an, daß die Antwort mit den Mitgliedern der Rechten besprochen werde, die jetzt die Monarchie hier unterstützen wie früher in Frankfurt; zugleich muß aber mit allem Nachdruck der engere Verband mit den achtundzwanzig Fürsten befestigt werden. Ich weiß sehr wohl, was die Gesandten der beiden kaiserlichen Höfe in Bewegung setzen, um den König zu einer negativen Antwort zu bewegen, oder vielmehr, um ihn darin zu bestärken. . . ich weiß aber auch, daß die preußische Politik kühn sein muß, wenn sie dem großen Vorbild der Vergangenheit entsprechen und sich eine ruhmwürdige Zukunft schaffen will. Ich bitte Sie inständigst, sich in dieser hochwichtigen Angelegenheit wieder in Ihrem vollen Patriotismus zu zeigen, und zu dem großen Verdienst, das Sie sich bereits für das Vaterland erworben haben, ein neues zu fügen, nämlich dahin zu wirken, daß die Antwort befriedigend wirkt.

Ich kann Ihnen nicht leugnen, daß die Wahl des Grafen Arnim (Heinrichsdorf) der größte Mißgriff war, den das Ministerium begehrt konnte; es hat sich seine ohnehin schwierige Lage dadurch bedeutend erschwert, und es kommen mir fortwährend von außerhalb Nachrichten zu, die mein eignes Mißtrauen gegen die Richtung dieses sehr beschränkten und keineswegs charakterfesten Diplomaten bestärken. — Es wäre sehr zu wünschen, daß er beseitigt würde, wenn dies aber nicht geschieht, so müssen wenigstens seine Kollegen so taktlose Schritte wie die unglückliche Note vom 10. März verhindern.

Schließlich bitte ich Sie, beifolgende drei Denkschriften vom 15., 25. und 30. März prüfen und mir dieselben so bald wie möglich zurücksenden zu wollen, indem ich Ihnen den Ausdruck meiner vollsten Anerkennung und Teilnahme erneuere.

Prinzessin von Preußen.

Hiernach — und das ist sehr bemerkenswert — war also Augusta hinsichtlich der Kaiserfrage im vollen Einklange mit ihrem Gemahl, der darüber am 16. März zum Freiherrn von Stillfried geäußert hatte: „. . . Ich ersuche Sie, die Personen, welchen Ranges und Standes sie sein mögen, die sich für Annahme der Verfassung aussprechen, zu fragen, ob sie dieselbe Paragraph für Paragraph gelesen haben, und wenn dies geschehn, ob sie die Paragraphen genau geprüft haben und sich davon überzeugt halten, daß die Stellung, die man dem sogenannten Kaiser gegeben hat, eine solche ist, die Macht und Kraft verleiht, um dem gesamten Deutschland zum Heile zu gereichen? Eine solche Prüfung wird ergeben, daß alle Macht dem Parlamente gegeben ist und das

Oberhaupt nur zum Scheine besteht, dessen man sich bei Gelegenheit entledigen kann, um zur Republik zu gelangen. . . . In wenig Tagen wird der König sprechen, und die, welche hören, sehen und verstehen wollen, werden ihn prüfen für den Weg, den Er geht.“

Die Note, von der die Prinzessin in ihrem Briefe spricht, ist eine Zirkulardepesche Arnims, die den Unwillen zahlreicher Patrioten erregt hatte, zumal da sie dem Verdachte Raum gegeben hatte, daß es „Österreich wiederum gelungen sei, Preußen zu umgarnen.“ Das Urtheil über Arnim, der schon 1848 (März bis Juni) dem Ministerium Arnim-Boigenburg angehört hatte, läßt zwar an Schärfe nichts zu wünschen übrig, ist aber im ganzen zutreffend. Der Rat Augustas, den unfähigen Diplomaten zu beseitigen, blieb, als sie ihn bald darauf in dringender Form wiederholte, an maßgebender Stelle offenbar nicht ohne Eindruck.

Ich erlaube mir ein letztes mal — so schreibt die Prinzessin erregt, vermutlich Ende April 1849 an Manteuffel — Ihnen in der besten Absicht eine Warnung auszusprechen, die, wenn sie unberücksichtigt bleibt, zu spät bereut werden dürfte. Graf Arnim kann und darf nicht im Ministerium bleiben, das Land will keine Demütigung Österreich gegenüber, das uns so schändlich behandelt hat. Sie alle verschmerzen Ihre Lage und die Möglichkeit, dem Staate auch wieder in dieser furchtbaren Krisis zu helfen, wenn Sie dem Verlangen, das von oben kommt, den Grafen Arnim zu halten, nachgeben; es giebt Fälle, wo die Opposition gegen ein solches Verlangen, das dem Ganzen schadet, Pflicht ist, und wo Nebenrücksichten zurücktreten müssen. Wenn die Sache gut geführt wird und Sie sich Beckerath's anzunehmen wissen, läßt sich noch ein additioneller Artikel erwarten, der die beiden Hauptpunkte, die man der Verfassung vorwirft, zu ändern vermag; nur kommt es hierauf an, daß man Beckerath für die Sache gewinnt, d. h. sich offen mit ihm darüber bespricht und nicht durch kalte Zurückhaltung diese letzte Brücke abbricht. Ich ersuche Sie, in dieser vertraulichen Mitteilung einen Beweis meines Wohlwollens und meiner besondern Achtung zu erkennen.

Am 2. Mai trennte sich der König — allerdings höchst ungerne — von seinem „Liebling“ Arnim.

Am 3. April wurde die Kaiserdeputation vom König in Berlin empfangen. Die Kaiserkrone „von Volkes Gnaden“ wurde von ihm — ganz im Sinne seiner Schwägerin — zwar nicht direkt abgelehnt, aber die ganze Frage doch so behandelt, daß daraus nur eine Ablehnung zu entnehmen war. Noch am Abend desselben Tags luden die prinzlischen Herrschaften die Frankfurter Deputation zu einer Soiree. Über den Empfang liegt ein Bericht Karl Biedermanns vor, aus dem zu entnehmen ist, daß Augusta der Mittelpunkt des Interesses für die Abgeordneten war. Begeistert schreibt der Frankfurter Deputierte: „Die Prinzessin, eine Frau, bei welcher Geist und Gemüt um den Vorrang streiten, vielleicht der klarste politische Kopf und das wärmste patriotische Herz am Hofe zu Berlin, hat, beschwor uns fast, mit tiefer Bewegung in ihrer Stimmung und in ihren Mienen, an dem glücklichen Ausgange unsrer Sendung nicht zu verzweifeln, das Werk der Verständigung nicht vorschnell abzubrechen. Es werde, es müsse alles noch gut werden; das Ziel sei ja ein so herrliches, ein so notwendiges.“

Daß die „schwarz-rot-goldne“ Haltung Augustas in den Kreisen der Kamarilla vielfach Anstoß erregte und ihre Persönlichkeit dort mißliebig machte, wird kaum überraschen. Aber auch der König, von seiner Umgebung in diesem Sinne beeinflusst, sah es schließlich ungern, daß die Prinzessin, als die Wogen des parlamentarischen Kampfes wieder hochgingen (September 1849), Persönlichkeiten empfing, die „einen übeln preußischen Weg“ wandelten. Trotzdem war die Zeit schon angebrochen, wo Augusta „am meisten Einfluß ausübte.“ „Von Jahr zu Jahr, so äußert sich zutreffend einer ihrer jüngsten Biographen, Hermann von Petersdorff, gewann sie mehr Boden bei ihrem Gemahl und sonst. Sie wirkte förmlich parteibildend. Ihr *ceterum censeo* war der Anschluß an England, Abschüttlung des russischen und anfangs auch des österreichischen Einflusses.“



Das Heer und die Sekten



Alles, was unser Volk berührt, berührt auch das Heer, das Volk in Waffen. Die religiösen Anschauungen und Strömungen, die durch das Volk gehn und das Volk bewegen, finden sich darum auch im Heere wieder. In den Zeiten der brandenburgischen Kurfürsten und der ersten Könige von Preußen entstanden hieraus noch keine Schwierigkeiten. Der preußische Staat, den Friedrich der Große 1740 übernahm, war im wesentlichen von Evangelischen bewohnt. Erst mit der Erwerbung Schlesiens wurden dem Könige von Preußen auch zahlreiche Katholiken unterthanig. Ihre Zahl wurde noch größer durch die polnischen Erwerbungen. Und aus dem Wiener Kongreß ging ein Preußen hervor, das zwar im Verhältnis zu früher deutscher, aber auch katholischer geworden war. Auf eine größere Anzahl von Katholiken waren aber manche Heeresseinrichtungen zunächst noch nicht zugeschnitten. So kennt z. B. die Militärkirchenordnung von 1832 noch nicht katholische Militärgeistliche. Erst später wird in der Militärseelsorge auch der katholische Soldat berücksichtigt; und heute ist im Heere in gleicher Weise für Protestanten und Katholiken gesorgt; denn ein katholischer Feldpropst und katholische Militäroberpfarrer, Divisions- und Garnisonpfarrer stehen neben ihren evangelischen Amtsgenossen mit gleichem Rang und gleichen Einkünften; nur daß die katholischen Geistlichen weniger zahlreich sind, aber doch durchaus entsprechend der Zahl der Soldaten katholischen Glaubens.

Dem Soldaten konnte keine Kollision mit seinen dienstlichen Pflichten aus seinem evangelischen oder katholischen Bekenntnis und den ihm dadurch auferlegten religiösen Pflichten erwachsen. Die Ausübung der religiösen Pflicht wurde ja sogar zugleich zu einer Dienstpflicht. In dankenswerter Weise ist von der Heeresverwaltung für die religiösen Bedürfnisse gesorgt worden. Und